



Federal Union of European Nationalities (FUEN)
Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes (UFCE)
Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen e. v. (FUEV)

Consultative Status
to the Council of Europe

Statut consultatif
auprès du Conseil de l'Europe

Konsultativer Status
beim Europarat

Observer Status
at the United Nations

État d'observateur auprès
des Nations Unies

Beobachterstatus
bei den Vereinten Nationen

PROTOKOLL

der FUEV-Delegiertenversammlung in St. Moritz

vom 25. Mai 1995

TOP 1	Bericht des FUEV-Präsidenten, Prof. Dr. Christoph Pan	Seite	2
TOP 2	Bericht des FUEV-Generalsekretärs Armin Nickelsen	Seite	6
TOP 3	Bericht und Haushaltsvoranschlag des FUEV-Schatzmeisters Ernst Meyer	Seite	7
TOP 4	Bericht der FUEV-Revisoren Karl Krüing und Hermann Heil	Seite	14
TOP 5	Bericht des FUEV-Repräsentanten beim Europarat und der OSZE, Pierre Le Moine	Seite	14
TOP 6	Bericht des Präsidenten der Jugend Europäischer Volksgruppen, Roland Feichter	Seite	15
TOP 7	Wahlen: a) Wahl des FUEV-Generalsekretärs b) Wahl des FUEV-Schatzmeisters	Seite Seite	17 17
TOP 8	Aufnahme neuer Mitglieder	Seite	18
TOP 9	Höherstufung von Mitgliedsorganisationen	Seite	19
TOP 10	Annahme einer FUEV-Geschäftsordnung	Seite	20
TOP 11	Behandlung und Verabschiedung von termingerecht eingereichten Resolutionen	Seite	22

FUEV - GENERALSEKRETARIAT

Schiffbrücke 41
Tel: -49 - 461 - 12 8 55

D - 24939 Flensburg
Fax: -49 - 461 - 18 07 09

Bericht des Generalsekretärs, Armin Nickelsen

an die Delegiertenversammlung in St. Moritz 25. 05. 1995

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Präsidiumsmitglieder, liebe Delegierte, meine Damen und Herren ! Sie haben soeben den umfangreichen Bericht unseres Präsidenten entgegengenommen. Er zeigt sehr eindrucksvoll die enorm konzentrierte Arbeit der FUEV im Berichtsjahr. Da ich fast täglich Telefon- und Telefaxkontakt mit dem Präsidenten pflege, ist das FUEV-Generalsekretariat über alle Aktivitäten informiert und eingebunden.

Nicht nur die Reiseaktivität, sondern auch die Anzahl der Presseberichte, der Stellungnahmen zu aktuellen Minderheitenfragen ist enorm gestiegen. Das bedeutet im Klartext für das Generalsekretariat eine spürbare Mehrarbeit, alle Anfragen, Korrespondenzen und Informationswünsche zu erfüllen.

Ich verweise auf den auf dem Informationstisch ausgelegten Sachbericht 1994. In diesem Bericht finden Sie die Schwerpunkte unserer Arbeit im letzten Jahr, die Zahl der gehaltenen Referate, die Teilnahme an Tagungen, Seminaren und Podiumsdiskussionen. Dort sind auch die verschiedenen Besuche im FUEV-Generalsekretariat erwähnt und die Antrittsbesuche des Generalsekretärs und des Schatzmeisters bei der Landtagspräsidentin von SH und bei den diplomatischen Vertretungen der BRD und des Königreiches Dänemark im deutsch-dänischen Grenzland hervorgehoben.

Es fanden im Berichtsjahr 6 Präsidiumssitzungen statt.

Am 10. Januar 1995 besuchte der Kommissar des Ostseerates, Prof. Ole Espersen aus Kopenhagen das FUEV-Generalsekretariat. Er bedauert es sehr in diesen Tagen nicht bei uns zu sein. Wir freuen uns, daß der Kommissar seinen Sekretariatschef Niels Mikkelsen nach St. Moritz entsandte.

Am 10. und 11. Februar dieses Jahres nahmen Präsident Prof. Pan und Vizepräsident Vospernik durch Vermittlung des Generalsekretariates an der Veranstaltung der Akademie Sankelmark teil, wo sie als Referenten der Tagung „75 Jahre Abstimmungen in Europa“ mitwirkten.

Eine Woche lang informierten sich unter Leitung des Sekretariatsleiters der deutschen Minderheit in DK, Siegfried Matlok, 24 Parlamentarier aus der Slowakei, Rumänien und Ungarn über die Minderheitensituation im schleswigschen Grenzland. Die FUEV bekam dabei die Gelegenheit, über ihre Arbeit und ihr Wirken ausführlich zu berichten.

Herausragendes Ereignis war der Besuch des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Dr. Klaus Hänsch im FUEV-Generalsekretariat am 4. Mai 1995.

Seit etwa einem halben Jahr sieht sich die FUEV unqualifizierten Angriffen von ehemals kommunistischer Seite ausgesetzt. Die absurden Unterstellungen wurden vom gesamten Präsidium energisch zurückgewiesen. Es begann mit dem im Dietz-Verlag in Berlin herausgegebenen Buch »Deutschtum erwache« von Walter v. Goldendach, Hans-Rüdiger Minow und Volker Külow. Der Untertitel lautet: Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus.

Die Schmutzkampagne wurde fortgeführt mit einem Pamphlet, das den Verein des Deutschtums im Ausland, die Gemeinnützige Hermann Niermann-Stiftung und die FUEV diffamierte. Dieses Pamphlet wurde in belgischen, dänischen, französischen und amerikanischen Zeitungsredaktionen abgeliefert.

Die eben genannte Organisationen wurden als Tarnorganisationen deutscher Außenpolitik bezeichnet. Die Zeitung »Das Neue Deutschland« brachte mehrfach Artikel in dieser Richtung.

PDS-Abgeordnete aus dem Umfeld des Herrn Dr. Gregor Gysi stellten mehrfach Anfragen an die Bundesregierung. In einem Artikel der Zeitschrift »Konkret 1 / 95«: heißt es wörtlich: „Dem Verbund staatlicher Tarnorganisationen der deutschen Außenpolitik scheint ein besonders raffinierter Verein anzugehören: die FUEV mit Sitz in Flensburg / Deutschland.“

Angeblich privat, kümmert sich die FUEV um sämtliche Minderheiten auf dem Kontinent und fordert Volksgruppenrechte, seit den 20 er Jahren ein beliebtes Instrument zur Zerlegung der deutschen Nachbarstaaten in territoriale Einzelteile. Der Beschluß dieser Delegiertenversammlung im Mai letzten Jahres in Danzig/Gdansk, sogenannte Regionalkonferenzen zu organisieren, wurde in dem Artikel interpretiert, die FUEV wolle Europa neu ordnen. Wörtlich hieß es: Die Regionaleinteilung der FUEV liest sich wie eine Anweisung zum Tranchieren der deutschen Nachbarstaaten.“

Daran sehen Sie, wie unhaltbar und absurd solche Formulierungen sind. Die FUEV hat mit einer Zurückweisung aller Vorwürfe und einer Gegendarstellung geantwortet und sie in 400 Postfächer von Presseorganen in Bonn legen lassen.

Ich will meinen Bericht abschließen mit einem herzlichen Dank für die vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Präsidenten, dem Präsidium, dem Schatzmeister, meinem Sekretär und den Mitarbeitern des Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstituts, den beiden Generalsekretären der deutschen und dänischen Minderheit im schleswigschen Grenzland und dem Sekretariatsleiter in Kopenhagen sowie den beiden Journalisten von Flensburg Avis und dem Nordschleswiger, die stets unsere Pressemitteilungen unverzüglich abdrucken.

Ich danke für die Aufmerksamkeit !

Bericht der Revisoren, stellv. Karl Kring

Meine Damen und Herren, wir haben einen herzensguten Schatzmeister erlebt und wir stellen fest, daß er der richtige Mann am richtigen Platz ist. Er hat die Kasse gut verwaltet. Hermann Heil und ich haben bei der Rechnungsprüfung keinerlei Anlaß zu irgendwelchen Beanstandungen gehabt. Es war doch noch ein wenig Geld in der Kasse. Die roten Zahlen sind zwar da. Sie fordern uns alle auf, in Zukunft sparsamer zu wirtschaften, Geldquellen zu erschließen.. aber immerhin wir sind über die Runden gekommen. Wir möchten die saubere und genaue Buchführung von Ernst Meyer hervorheben, sie loben aber wir sind der Meinung, daß dauernd eine solch umfangreiche Buchführung nicht ehrenamtlich geführt werden kann. Es besteht deshalb unserer Meinung nach ein um so größerer Anlaß, für seine Arbeit recht herzlich zu danken. Wir Revisoren stellen somit den Antrag, dem Schatzmeister und dem Präsidium Entlastung zu erteilen.

Der **Antrag der Revisoren** - dem Schatzmeister und dem Präsidium Entlastung zu erteilen - wird ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung von der Delegiertenversammlung **angenommen**.

Bericht des FUEV-Repräsentanten beim Europarat und der OSZE, Pierre Le Moine

... jetzt beginne ich mit meinem Bericht, in meiner zweiten Sprache (Französisch). Es war eine Pflichtsprache in der Schule und an der Universität.

Seitdem die FUEV den konsultativen Status beim Europarat besitzt, hat unser Präsidium mich darum gebeten, sie in Straßburg beim Europarat zu vertreten. Das gleiche geschieht in Warschau und Budapest - den Veranstaltungen der OSZE.

Seit einem Jahr bin ich sehr froh, daß mir FUEV-Vizepräsident Romedi Arquint in Straßburg zur Seite steht. 1994 im November war die FUEV Gründungsmitglied der NGOs. Die Parlamentssitzungen des Europarates werden sehr systematisch abgewickelt: Im Januar - April - Juli - September. Immer gibt es dann eine Arbeitswoche (von Montag bis Freitag) und die Sitzungen der NOGs werden während dieser Wochen statt. Montags tagt der Menschenrechtsausschuß, mittwochs die der nationalen Minderheiten. Die FUEV nimmt deswegen immer an diesen Sitzungen teil, damit sie über die Probleme ihrer Mitgliedsorganisationen berichten kann und diese dem Generalsekretariat und dem Parlamentsausschuß vorlegt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir seit Ende letzten Jahres eine interparlamentarische Gruppe gebildet haben, die sich mit den Problemen der nationalen Minderheiten beschäftigt. Wir hoffen natürlich, daß wir mit dieser Gruppe mehr Einfluß bekommen und im Interesse unserer Organisationen gute Beschlüsse gefaßt werden. Unser Präsident Prof. Pan war gerade in Straßburg, als die erste Sitzung stattfand. Wir melden uns also zu Wort zu den verschiedenen Konferenzen, Seminaren, OSZE-Tagungen, überall dort eben, wo die Position der NGOs immer anerkannter wird. Denn vor zwei Jahren konnten sich nur die Repräsentanten der Regierungen zu Wort melden.

Bei der letzten Sitzung in Warschau im April 1995 war die FUEV die einzige Organisation, die auch offiziell vertreten war in dem Verbindungsausschuß zwischen Europarat und NGOs. Auf der Ebene der verschiedenen internationalen Organisationen treten wir auf, zahlreiche Diskussionsbeiträge haben wir vorgetragen, damit die NGOs und die FUEV geschlossener und entschiedener auftreten kann, z.B. bei der Verhütung von Konflikten und dessen Regelungen. Das ist unsere primäre Rolle. Die Staaten und ihre Regierungen sind immer mehr davon überzeugt, daß die FUEV eine wichtige Rolle spielen muß bei der Schaffung des dauerhaften Friedens. Ich kann Ihnen versichern, daß seit Gründung unserer Union 1949 eine große Entwicklung in Europa zu verzeichnen ist, besonders was den Schutz nationaler Minderheiten angeht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

DISKUSSIONSBEITRÄGE:

Vertreter des Elsaß-Lothringen Volksbundes:

Ich bin Vertreter der Elsaß-Lothringer und bitte darum, daß das von JEV-Präsident Roland Feichter angesprochene Buch so schnell wie möglich verschwindet. In diesem Buch gibt es eine Beschreibung über jede Volksgruppe und jede Mitgliedorganisation der JEV. Bei dieser Gelegenheit muß ich wirklich protestieren: Ich kann mir überhaupt nicht erklären, warum die JEV es zuläßt, daß wir Elsaß-Lothringer mit einem Text versehen werden, der uns unter anderem mit Rechtsextremismus in Verbindung bringt.

1984 waren wir an der Mitbegründung der JEV beteiligt. Wir schätzen die JEV als eine seriöse und sorgfältige Organisation ein, die z. B. sehr penibel Resolutionen behandelt. Um so unverständlicher ist mir daher die Recherche der JEV, die uns durch einen in mehreren Sprachen übersetzten Text in eine derartige Ecke stellt. Ich warne ausdrücklich vor diesem Buch!

Ferdinand Moschenross, Elsaß-Lothringer Volksbund:

Ich bin der Betroffene. Ich bin Vertreter der Elsaß-Lothringer. Es gibt jemanden aus dem Elsaß, der seinen Namen nicht runtergeschrieben hat. Der offizielle Vertreter der JEV ist Robert Joachim. Er weiß nichts davon, er hat es mit der Post zugeschickt bekommen. Außerdem wußte das Präsidium nur teilweise Bescheid! Sind die überhaupt mündig, so ein Text zu übernehmen? Wissen Sie, was Sie für einen Schaden anrichten, oder ist es Ihnen egal? Jetzt frage ich Sie, wer hat diesen Artikel geschrieben?

Oskar Böse, Sudetendeutsche Stiftung:

Sicherlich sollen Jugendliche träumen, aber bei allen Träumen sollen sie nicht andere verletzen. Da ist eine besondere Verantwortung gerade von einer Jugendführung zu erwarten, daß sie eine Basis findet, wo junge Menschen auch wirklich die Hintergründe kennenlernen.

Nun zu den Berichten: Ich möchte dem Präsidenten und dem Präsidium gratulieren zu dieser Arbeit. Wenn der Vorgänger, Dr. Mitterdorfer für die FUEV den politischen Durchbruch bei den europäischen Organisationen erzielt hat, so hat der jetzige Präsident und das Präsidium diesen politischen Erfolg wissenschaftlich untermauert.

Ich würde dem Präsidium empfehlen, Studenten, die sich mit dieser Frage im Studium beschäftigen, noch mehr als bisher einzubinden. Vielleicht auch einmal zu einem Fachkongreß einzuladen, wo Lehrer an den Universitäten, die sich mit diesen Fragen beschäftigen vor den Studenten ihre Überlegungen darstellen. Das ist manchmal wichtiger, als wenn das Funktionäre tun. Der Ansatz, daß Sie Herr Präsident, der ja in Innsbruck eben jenes lehrt, sollte auf eine breitere Ebene gestellt werden.

Unsere Organisation ist im Laufe der Zeit aus den Kinderschuhen herausgetreten und hat sich zu einer international tätigen Organisation gemausert. Allerdings vermisse ich immer noch, daß während des Jahres, wichtige Überlegungen und Dokumente, die bei den einzelnen Volksgruppen erarbeitet werden, den anderen zugestellt werden. Ob man sie braucht, bleibt jedem selbst überlassen. Aber diese Information kann das Bulletin FUEV-Aktuell nicht ganz übernehmen. Deshalb appelliere ich noch mal an den Kontakt untereinander. Hervorragend finde ich die Realisierung der Interfraktionellen Gruppe, der Parlamentariergruppe. Ich möchte mich beim gesamten Präsidium bedanken, auch bei der Geschäftsstelle für die Arbeit, die geleistet wurde. Es ist ein eminenten Fortschritt erzielt worden.

Vertreter der Aromunen:

Sehr verehrter Herr Vorsitzender, ich denke Sie haben über sehr vieles gesprochen: Uns haben sie ein wenig vergessen. Wir sind seit Jahren FUEV-Mitglied. Wir kommen auch zu den Kongressen. Wir sind im Balkan zu Hause. Über uns spricht man nirgends.

FUEV-Präsident **Prof. Chistoph Pan**:

Ich habe sehr viele andere Volksgruppen auch nicht erwähnt. Ich bin nicht auf Einzelheiten eingegangen. Das müssen wir hier feststellen. Es war kein Übergehen irgendeiner Volksgruppe.

JEV-Präsident **Roland Feichter**:

Als Präsident habe ich natürlich wie auch das Präsidium sehr viele Aufgaben. Wir haben uns bei diesem Projekt einen Rahmen gesetzt. Innerhalb dieses Rahmens haben wir Freiheiten im Arbeiten gewährt. So ist es mir auch bei diesem Buch bekannt. Eine Arbeitsgruppe der Kärntner Slowenen hat den Auftrag erhalten in Rücksprache mit jeder Volksgruppe einen Text zu verfassen. Also jede Volksgruppe hat diesen Text selbst verfaßt und zwar an jene Adresse, die unsere Kontaktadresse ist. Wie es in Ihrem Fall verlaufen ist, ich denke

auch in Rücksprache - und nicht absichtlich verfälscht. Ich habe den Text jetzt nicht vor Augen. Es tut mir sehr Leid, daß auf unserem Kongreß in Klagenfurt die betreffende Volksgruppe frühzeitig abgereist ist, und somit keine Möglichkeit mehr war, Kontakt mit dieser aufzunehmen. Wir haben im Vorfeld durch unseren Sekretär David Spinnler versucht, Kontakt aufzunehmen. Leider vergeblich! Wir versuchen nochmals ein klärendes Gespräch zu führen. Es gibt meiner Meinung nach eben verschiedene Sichtweisen. Danke!

Oskar Böse, Sudetendeutsche Stiftung:

Die Sudetendeutsche Jugend hat einen Alternativtext verfaßt mit der Bitte, daß dieser auch beim Vertrieb des Buches auch ausgelegt wird. Inwieweit ist dies geschehen oder nicht geschehen?

JEV-Präsident **Roland Feichter**:

Es ist geschehen! Es wurde im Frühling in unserem Mitteilungsblatt veröffentlicht. Hier sollte Klarheit herrschen. Das ist mein aktueller Stand.

FUEV-Präsident **Prof. Dr. Christoph Pan**:

Es wird versucht werden, diese Frage noch zu klären. Wenn Beleidigungen oder unsachgemäße Äußerungen gemacht worden sind, dann werden wir einen Weg finden. Wir sind zwar nicht zuständig, aber die JEV. Wir werden sehen, was sich da machen läßt und die Sache in Ordnung bekommen.

Meine Damen und Herren, laut Statut müßten wir Abstimmungen geschlossen abhalten. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß wir transparent sein möchten, indem wir den Gästen die Gelegenheit bieten, das zu hören, was wir diskutieren.

Darf ich um Ihre Zustimmung bitten, daß die Gäste weiterhin zuhören dürfen.

Die Delegierten stimmen dem zu.

WAHLEN (Generalsekretär)

FUEV-Präsident **Prof. Dr. Christoph Pan**:

Im Namen des Präsidiums möchte ich die Wiederwahl des bestehenden Generalsekretärs Armin Nickelsen vorschlagen. Es könnte natürlich die Möglichkeit bestehen, daß aus den Delegiertenkreisen ein anderer Vorschlag kommt. Das ist nicht der Fall. Dann darf ich um Ihr Handzeichen bitten.

Generalsekretär **Armin Nickelsen** ist um weitere zwei Jahre **wiedergewählt** worden.

WAHLEN (Schatzmeister)

FUEV-Präsident **Prof. Dr. Christoph Pan**:

Auch hier haben wir im Präsidium nicht lange diskutieren müssen. Wir sind der Meinung, daß Schatzmeister Ernst Meyer immer noch nach wie vor der beste ist. Bedenken Sie, daß er es ehrenamtlich macht. Jedenfalls ist es ein »Fulltimejob« geworden. Wir sind ihm außerordentlich dankbar, mit welcher Präzision und Genauigkeit er versucht, dies in Ordnung zu halten. Möchten Sie aus Delegiertenkreisen andere Vorschläge einbringen? Darf ich um Applaus bitten, um die Wiederwahl von Schatzmeister Ernst Meyer zu bestätigen.

Schatzmeister **Ernst Meyer** ist um weitere zwei Jahre **wiedergewählt** worden.

AUFNAHME neuer Mitglieder

FUEV-Generalsekretär **Armin Nickelsen**:

Es haben um Aufnahme gebeten:

Istro-Rumänen (die Unterlagen wurden ordnungsgemäß eingereicht) Das Präsidium hat die Unterlagen gesehen und schlägt vor, die in Trieste ansässige Minderheit als assoziiertes Mitglied aufzunehmen. Sie sind eine demokratisch gewählte Organisation, sind eingetragen beim Landgericht Trieste und registriert als Kulturverein.

Die **ISTRO-RUMÄNEN** sind mit 28* Stimmen als assoziiertes Mitglied in die FUEV **aufgenommen** worden

Vertreter der Istro-Rumänen:

Ich danke Ihnen herzlich für das Annehmen meines Antrags. Die Istro-Rumänen haben eine wirklich unglückliche Situation. Sie sind nicht anerkannt als ethnische Gruppe und es ist zu befürchten, daß sie nur noch 30 oder 40 Jahre existiert, es sei denn, sie bekommen eine Schule.

Internationale Verband der Rußlanddeutschen: Das Präsidium hat den Antrag des Herrn Vorsitzenden Wormsbecher geprüft und empfohlen, diesen Verband als assoziiertes Mitglied aufzunehmen. Sollte der Wunsch bestehen, daß in ein oder zwei Jahren dieser Verband oder der Zwischenstaatliche Rat der Rußlanddeutschen ordentliches Mitglied werden will, so teilen sich beide Verbände die Stimme.

Der **INTERNATIONALE VERBAND DER RUSSLANDDEUTSCHEN** ist mit 31* Stimmen als assoziiertes Mitglied in die FUEV **aufgenommen** worden.

Hugo Wormsbecher:

Ich danke Ihnen herzlich für die Anerkennung unserer Arbeit und das Interesse der Rußlanddeutschen.

FUEV-Vizepräsident **Dr. Reginald Vospernik**:

Das Präsidium hat heute drei Anträge bekommen, die auf diesem Kongreß leider nicht mehr behandelt werden können. Die Anträge sind vom Nationalkongreß der Ethnischen Assoziationen Rußlands. Es scheint sich um einen Dachverband zu handeln, und zwar aller ethnischen Gruppen, die in Rußland bestehen. Obwohl unterzeichnet und offiziell eingebracht, kann dieser Antrag heute nicht behandelt werden. Das gleiche gilt für den Antrag der Assoziation der Koreaner in Rußland, die auch Mitglied bei uns werden wollen. Auch dieser Antrag wird vom Präsidium auf einer der nächsten Sitzungen behandelt werden und wird dann ggf. wenn das Präsidium zur Ansicht kommt, daß der Antrag angenommen werden soll, nächstes Jahr zur Beschlußfassung vorgelegt. Es gibt außerdem noch einen Antrag um Vollmitgliedschaft. Es geht um die Demokratische Gemeinschaft der Voivodinaer Ungarn. Es geht hier also um eine Höherstufung. Auch dieser Antrag kann heute nicht mehr behandelt werden.

FUEV-Generalsekretär **Armin Nickelsen**:

In diese Reihe gehört noch ein vierter Gesuch: Im Namen des turkmessitischen Volkes ist um eine Aufnahme gebeten worden. Auch hier waren die Unterlagen nicht so vollzählig, wie das Präsidium es wünschte. Auch dieser Antrag wurde auf ein Jahr verschoben.

HÖHERSTUFUNGEN von Mitgliedern

FUEV-Generalsekretär **Armin Nickelsen**:

Es haben um Höherstufung gebeten:

Die Demokratische Union der Kroaten in der Voivodina (von assoziierte in die ordentliche Mitgliedschaft). Dieser Verband wurde 1993 in Flensburg aufgenommen. Das Präsidium empfiehlt diesen Antrag anzunehmen.

Die **DEMOKRATISCHE UNION DER KROATEN IN DER VOIVODINA** sind mit 30* Stimmen vom assoziierten zum **ordentlichen** Mitglied in der FUEV **höhergestuft** worden.

Bela Tonkovic:

Es ist für die Demokratische Union der Kroaten in der Voivodina eine große Ehre und Anerkennung als ordentliches Mitglied in der FUEV höhergestuft zu sein. Es ist auch eine Anerkennung unserer Arbeit, die nunmehr fünf Jahre dauert. Wir gehören zu der Gruppe von Minderheiten und Minderheitenorganisationen im ehem. Jugoslawien, die sich von Anfang an entschlossen haben, für die Nichtanwendung von Gewaltmitteln. Für fühlen uns in unserer Arbeit bestätigt, die wir weiterhin mit demokratischen Mitteln führen werden.

ANNAHME einer neuen FUEV-GESCHÄFTSORDNUNG

FUEV-Vizepräsident **Dr. Ludwig Elle**:

Der Verlauf der heutigen Delegiertenversammlung wie auch der Bericht des Präsidenten hat gezeigt, daß das Interesse an Mitarbeit unserer Solidargemeinschaft sehr groß ist. Das hat dazu geführt, daß wir uns im Präsidium uns entschlossen haben, die Arbeit bzw. bestimmte Arbeitsschritte des Präsidiums in Form einer Geschäftsordnung der FUEV durch die Delegiertenversammlung beschließen zu lassen, um zu sichern, daß auch in Zukunft die Tätigkeit sowohl des Präsidiums wie auch der gesamten Delegiertenversammlung die volle Zustimmung aller Mitglieder findet und demokratischen Grundsätzen entspricht. Das geht zum einen um die Regelung des Aufnahmeverfahrens für neue Mitglieder »Punkt A« und um die Regelung des Ablaufes der Delegiertenversammlung »Punkt B« .

...zur Ergänzung noch: Bisher ist so verfahren worden, daß die Mitgliedschaft erst als korrespondierende vorgenommen ist, dann nach einiger Zeit die assoziierte Mitgliedschaft erfolgte, dann zuletzt die ordentliche Mitgliedschaft. Wir sind der Auffassung, daß diese Stufenfolge nicht unbedingt notwendig ist: Das es auch möglich sein muß, repräsentative Organisationen sofort als assoziiertes oder ordentliches Mitglied aufzunehmen. Das setzt natürlich voraus, daß wir als Präsidium die Möglichkeit haben, das auch in einer entsprechenden Art und Weise zu überprüfen. Wir bitten deshalb natürlich auch die Organisationen die Antragsunterlagen mit den entsprechenden Fristen und den gewünschten Umfang uns vorzulegen. Wir erwarten natürlich auch, daß die Berichte der assoziierten und ordentlichen Mitglieder zu den Delegiertenversammlungen über ihre Tätigkeit uns auch zufließen.

Oskar Böse:

Bei der Aufnahmeregelung für die korrespondierende Mitgliedschaft ist für mich der Begriff »interessiert« zu wenig. Ich schlage vor: ...»die bereit sind die Arbeit der FUEV zu **fördern**«. Das kann materiell, ideell sein.

Namentlich nicht erwähnter Redner:

Bei der Aufnahmeregelung für die ordentliche Mitgliedschaft möchte ich den Begriff »wesentlich« präzisiert haben. Was ist wesentlicher Teil einer Volksgruppe: Mehr als 25.000 Angehörige?

FUEV-Vizepräsident **Dr. Ludwig Elle**:

Diese Frage muß das Präsidium natürlich anhand von konkreten Gegebenheiten klären. Wenn es z. B. in einer Volksgruppe mehrere Organisationen gibt, ist es natürlich das zweckmäßigste, wenn sich die Organisationen

untereinander einigen, wie sie ihre Mitgliedschaft in der FUEV regeln. Sollte diese Einigung nicht möglich sein, müssen wir anhand der Mitgliedsstruktur und ähnlichen Unterlagen, die dann vorliegen, entscheiden. Es geht aber nicht darum, daß die Organisationen zahlenmäßig die Mehrheit oder einen sehr großen Teil der Volksgruppe repräsentiert, in dem Fall, daß diese Mitglieder Organisationen sein müssen. Es hängt davon ab, wieviele Volksgruppenangehörige sich überhaupt organisieren wollen. Wenn z. B. in ihrer Volksgruppe 50.000 Angehörige sind, aber die Bereitschaft sich zu organisieren, sehr gering ist, dann kann auch eine Organisation mit nur 5.000 oder noch weniger Mitgliedern repräsentativ sein. Sie repräsentiert dann den Teil der Volksgruppe, der am aktivsten die gemeinschaftlichen Interessen verfolgt. Hier entscheidet das Präsidium mit Fristen bis zu 12 Monaten. Wir wollen nicht von heute auf morgen durch eine Fehlempfehlung eventuelle Konflikte auslösen.

Karel Smolle:

Ich sprech mich für die Annahme des Papiers aus. Trotz eben gehörter Einwände, sollten wir ruhig Vertrauen zum Präsidium haben.

JEV-Sekretär David Spinnler:

Es geht um die Aufnahmeregelung für die ordentliche Mitgliedschaft: »...Die Entscheidung der Delegiertenversammlung erfolgt auf Antrag des Präsidiums.....das Präsidium entscheidet endgültig darüber, ob eine Organisation der Delegiertenversammlung als ordentliches Mitglied vorgeschlagen wird oder nicht.« Wenn diese beiden Punkte so ausgelegt werden, würde ich das nicht als sehr demokratisch beurteilen.

FUEV-Vizepräsident Dr. Ludwig Elle:

Es geht darum, daß das Präsidium nach Prüfung der eingereichten Unterlagen an die Delegiertenversammlung den Antrag stellt, über eine Aufnahme zu entscheiden oder nicht. Es geht nicht darum, daß das Präsidium sich einer Entscheidungsbefugnis ermächtigen will. Sollte das sprachlich präziser formuliert sein, so werden wir das demnächst veranlassen.

FUEV-Vizepräsident Pierre Le Moine:

Ich spreche jetzt nicht als Mitglied des Präsidiums, sondern möchte mich persönlich äußern: Beim Euro-parat und der OSZE unterscheidet man immer mehr die Minderheiten nach: Minderheiten mit Mutterland und Minderheiten ohne Mutterland. Bei letzterer ist die Situation mit der Zeit aussichtslos. Wäre es nicht sinnvoller, sich künftig stärker diesen Minderheiten ohne Background zu widmen?

FUEV-Vizepräsident Dr. Ludwig Elle:

Das ist eine Frage, die eher die generelle Arbeit der FUEV betrifft. Ich halte sie für sehr wichtig. In bezug auf die Geschäftsordnung und das Aufnahmeverfahren ist es nicht unbedingt notwendig, diese Unterscheidung zwischen Minderheiten mit Mutterland und Minderheiten ohne Mutterland in die Geschäftsordnung aufzunehmen.

...In bezug auf den von Herrn Böse gewünschten sprachlichen Änderungswunsch (s.o.) meine ich, daß bei der Aufnahmeregelung für die korrespondierende Mitgliedschaft Interesse wichtig ist, auch wenn nicht unmittelbar eine materielle oder ideelle Förderung zu erwarten ist. Multiplikatoren brauchen wir noch und noch, um Politiker für unsere Probleme mehr zu sensibilisieren. Würden wir Förderung meinen, glaube ich, könnte das einschränkend wirken auf diejenigen Gruppierungen, die aus den verschiedensten Gründen entschließen können.

Wünschen Sie, Herr Böse eine Abstimmung darüber zu machen? - Das trifft nicht zu.

Es wird über Punkt A abgestimmt. Mit 31 Stimmen ist **Punkt A** der Geschäftsordnung von der Delegiertenversammlung **angenommen**.

Wir kommen zu Punkt B. Ich bitte um Wortmeldungen.

Lászlo Pillich:

Es geht darum, daß die Delegiertenversammlung einmal jährlich in Verbindung mit dem Nationalitätenkongreß stattfindet. Wenn ein angeschlossener Verband sich in Gefahr befindet, sollte man sich außerordentlich

zusammensetzen und Lösungsvorschläge suchen.

FUEV-Vizepräsident **Dr. Ludwig Elle:**

Im Art. 16 der Satzung besteht bereits die Möglichkeit für eine außerordentliche Delegiertenversammlung.

Lászlo Pillich:

Wenn sich eine Volksgruppe in Gefahr befindet, das kann ein einem Tag oder in zwei Wochen passieren. Dann kann man meiner Meinung nach nicht vier Monate warten, wie es aus Art. 16 hervorgeht.

FUEV-Vizepräsident **Dr. Ludwig Elle:**

Dieses Problem müßte in der Satzung geregelt werden. Die Geschäftsordnung kann ja nur die Satzung präzisieren. Dann müßten wir entscheiden - spätestens zur nächsten Delegiertenversammlung - ob wir diesen Punkt in der Satzung ändern. Ich stelle fest, dieses wird beantragt.

Karel Smolle:

Ich schlage folgendes vor: Wir bitten das Präsidium für die nächste Delegiertenversammlung sich dieser Frage zu widmen, um vielleicht einen Entwurf zu erarbeiten, wie man eine solche Konfliktsituation angehen könnte. Eine schnell einberufene Delegiertenversammlung kann dazu führen, daß keine Delegierten da sind. Da kann momentan das Präsidium schneller reagieren.

FUEV-Vizepräsident **Dr. Ludwig Elle:**

Momentan ist noch die jetzt gültige Satzung verbindlich. Ich glaube, daß das Präsidium in einer Konfliktsituation, von der Möglichkeit - eine sofortige Delegiertenversammlung einzuberufen - auch sofort Gebrauch machen würde. Ich denke dabei aber auch an die Realisierung.

Es wird über Punkt B abgestimmt. Mit 32 Stimmen ist **Punkt B** der Geschäftsordnung von der Delegiertenversammlung **angenommen**.

Ich stelle fest, daß beide Punkte der Geschäftsordnung von der Delegiertenversammlung angenommen worden sind. Wir werden uns als Präsidium daran halten. Wir bitten auch, daß alle Mitgliedsorganisationen besonders in Fragen bei Aufnahmeregelungen sich an diese Richtlinien halten. Das würde es uns als Präsidium erleichtern und die demokratische Legitimität unserer Union untermauern.

Eingereichte RESOLUTION 1/1995

Das FUEV-Präsidium, besorgt über die tragischen Ereignisse im Zusammenhang mit dem Nationalitätenkonflikt in Europa, unterbreitet der Delegiertenversammlung der FUEV vom 25. Mai 1995 in St. Moritz, Schweiz, folgende Resolution zur Beschlußfassung:

Die Delegiertenversammlung der FUEV vom 25. Mai 1995 in St. Moritz, Schweiz,

1. *ist überzeugt*, daß die Nationalitätenfrage in Europa nur im Rahmen von Demokratie und Menschenrechten lösbar ist durch die Schaffung eines Systems des positiven Minderheitenschutzes, welches es den nationalen Mehrheiten und nationalen Minderheiten der europäischen Staaten ermöglicht, zu gleichberechtigten Partnern zu werden;
2. *verurteilt* zutiefst die Anwendung und Duldung von Gewalt bei der Lösung von Nationalitätenkonflikten wie z.B. im früheren Jugoslawien, am Kaukasus (Tschetschenien) oder in Kurdistan und *bringt ihr* Mitgefühl und ihre Solidarität mit allen Opfern solch brutaler Gewaltanwendung *zum Ausdruck*;
3. *unterstreicht* die Entscheidung des Europaratgipfels von Wien, welche von den Staaten gegenüber den nationalen Minderheiten die Achtung folgender Grundsätze verlangt: "Gleichheit vor dem Gesetz, Nichtdiskriminierung, Chancengleichheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie aktives Mitwirken am öffentlichen Leben" (Wiener Erklärung 1993, Anhang II, Abs.4);
4. *begrüßt* die Verabschiedung des Europarat-Rahmenabkommens zum Schutz nationaler Minderheiten durch das Ministerkomitee am 9. November 1994 und dessen sofortige Unterzeichnung durch 21 Staaten am 1. Februar 1995, *bedauert* jedoch gleichzeitig, daß dieses erste völkerrechtlich verbindliche Instrument bezüglich Inhalt und Überwachungsmechanismus weit hinter den tatsächlichen Erfordernissen zurückgeblieben ist;
5. *begrüßt* die Definition des Begriffs "nationale Minderheit" und die ausdrückliche Zustimmung zur Gründung politischer Parteien durch nationale Minderheiten in der von zehn Mitgliedstaaten der Zentraleuropäischen Initiative am 19. November 1994 verabschiedeten "Erklärung zum Minderheitenschutz" als bemerkenswerten Fortschritt gegenüber dem Europarat-Rahmenabkommen;
6. *bedauert*, daß die Europäische Charta für Regionale und Minderheitssprachen fast drei Jahre nach ihrer Verabschiedung im Juni 1992 erst durch 11 von insgesamt 33 Mitgliedstaaten des Europarates unterzeichnet wurde, wovon nur zwei, nämlich Norwegen und Finnland, diese bereits ratifiziert haben, obwohl die Ratifizierung durch mindestens fünf Staaten zu deren Inkrafttreten erforderlich ist, und *fordert* alle noch säumigen Staaten *auf*, die Unterzeichnung bzw. Ratifizierung unverzüglich nachzuholen;
7. *ist besorgt*, daß die im Europarat-Rahmenabkommen 1994 im Vergleich zur Europarat-Empfehlung 1201/1993 enthaltene rückschrittliche Tendenz auf das in Ausarbeitung befindliche Zusatzprotokoll zur EMRK durchschlagen wird, womit viele, gerade im Hinblick auf die Konfliktverhütung so entscheidende Fragen des Minderheitenschutzes weiterhin in der Schwebe belassen würden;
8. *bedauert*, daß das Dialogangebot der FUEV als größter und repräsentativster Volksgruppenorganisation Europas von den internationalen Organisationen der Staaten und von mehreren nationalen Regierungen bisher nicht ausreichend berücksichtigt wurde, denn ohne die Miteinbeziehung der direkt Betroffenen bzw. ihrer Organisationen ist eine umfassende Konfliktverhütung nicht denkbar;
9. *appelliert eindringlich* an das Ministerkomitee des Europarates, bei Fragen des Minderheitenschutzes, insbesondere bei den Beratungen des Komitees der Regierungsexperten zur Ausarbeitung eines Zusatzprotokolls oder bei der Überwachung des Rahmenabkommens, Fachexperten der FUEV hinzuzuziehen;
10. *appelliert* an die internationalen Organisationen wie UNO, OSZE, NATO, Europarat und EU, im Interesse der Erhaltung von Stabilität und Frieden eine gesamteuropäische Konferenz zur Beratung über die Nationalitätenfragen einzuberufen, an welcher die Vertreter der Volksgruppenorganisationen gleichberechtigt hinzuzuziehen sind, um eine zukunftsorientierte Lösung der Probleme zu ermöglichen, die von allen Beteiligten gemeinsam getragen werden kann.

VERABSCHIEDETE RESOLUTION 1/1995

Die Delegiertenversammlung der FUEV vom 25. Mai 1995 in St. Moritz, Schweiz, beschließt folgende vom FUEV-Präsidium, besorgt über die tragischen Ereignisse im Zusammenhang mit dem Nationalitätenkonflikt in Europa, vorgelegte Resolution:

Das FUEV-Präsidium, besorgt über die tragischen Ereignisse im Zusammenhang mit dem Nationalitätenkonflikt in Europa, unterbreitet der Delegiertenversammlung der FUEV vom 25. Mai 1995 in St. Moritz, Schweiz, folgende Resolution zur Beschlußfassung:

Die Delegiertenversammlung der FUEV vom 25. Mai 1995 in St. Moritz, Schweiz,

1. *ist überzeugt*, daß die Nationalitätenfrage in Europa nur im Rahmen von Demokratie und Menschenrechten durch die Schaffung eines Systems des positiven Minderheitenschutzes lösbar ist, welches es den nationalen Mehrheiten und nationalen Minderheiten der europäischen Staaten ermöglicht, zu gleichberechtigten Partnern zu werden;
2. *verurteilt* zutiefst die Anwendung und Duldung von Gewalt bei der Lösung von Nationalitätenkonflikten wie z.B. im früheren Jugoslawien, in Rußland gegen das tschetschenische Volk oder der Türkei gegen die Kurden, *bringt* ihr Mitgefühl und ihre Solidarität mit allen Opfern solch brutaler Gewaltanwendung *zum Ausdruck* und *unterstreicht* im besonderen die Notwendigkeit der Abhaltung einer internationalen Konferenz über die Kurdenfrage unter Einbeziehung des neu konstituierten kurdischen Exilparlaments;
3. *begriff* den eingeleiteten intensiven Dialog zur Lösung der Nordirlandfrage zwischen den beteiligten Staaten und traditionellen Gemeinschaften;
4. *ruft* die Teilnehmerstaaten der OSZE, die Mitgliedsstaaten des Europarates und der EU *auf*, im Rahmen der präventiven Diplomatie, des völkerrechtlichen Verbotes von gewaltsamen Grenzänderungen und der Achtung der Individual- und der Gruppenrechte der nationalen Minderheiten wirksame Mechanismen zur Vermeidung gewaltsamer Konflikte zu schaffen;
5. *unterstreicht* die Entscheidung des Europaratgipfels von Wien, welche von den Staaten gegenüber den nationalen Minderheiten die Achtung folgender Grundsätze verlangt: "Gleichheit vor dem Gesetz, Nichtdiskriminierung, Chancengleichheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie aktives Mitwirken am öffentlichen Leben" (Wiener Erklärung 1993, Anhang II, Abs.4);
6. *begriff* die Verabschiedung des Europarat-Rahmenabkommens zum Schutz nationaler Minderheiten durch das Ministerkomitee am 9. November 1994 und dessen sofortige Unterzeichnung durch 21 Staaten am 1. Februar 1995, *bedauert* jedoch gleichzeitig, daß dieses erste völkerrechtlich verbindliche Instrument bezüglich Inhalt, Überwachungsmechanismus und v.a. auch im Hinblick auf Gruppenrechte, weit hinter den tatsächlichen Erfordernissen zurückgeblieben ist;
begriff die Definition des Begriffs "nationale Minderheit" und die ausdrückliche Zustimmung zur Gründung politischer Parteien durch nationale Minderheiten in der von zehn Mitgliedstaaten der Zentraleuropäischen Initiative am 19. November 1994 verabschiedeten "Erklärung zum Minderheitenschutz" als bemerkenswerten Fortschritt gegenüber dem Europarat-Rahmenabkommen;
7. *bedauert*, daß die Europäische Charta für Regionale und Minderheitssprachen fast drei Jahre nach ihrer Verabschiedung im Juni 1992 erst durch 13 von insgesamt 34 Mitgliedstaaten des Europarates unterzeichnet wurde, wovon nur drei, nämlich Norwegen, Finnland und Ungarn, diese bereits ratifiziert haben, obwohl die Ratifizierung durch mindestens fünf Staaten zu deren Inkrafttreten erforderlich ist, und *fordert* alle noch säumigen Staaten *auf*, die Unterzeichnung bzw. Ratifizierung unverzüglich nachzuholen;
8. *ist besorgt*, daß die im Europarat-Rahmenabkommen 1994 im Vergleich zur Europarat-Empfehlung 1201/1993 enthaltene rückschrittliche Tendenz auf das in Ausarbeitung befindliche Zusatzprotokoll zur EMRK durchschlagen wird, womit viele, gerade im Hinblick auf die Konfliktverhütung so entscheidende Fragen des Minderheitenschutzes weiterhin in der Schwebe belassen würden;
9. *bedauert*, daß in Mittel- und Osteuropa neue Konfliktherde entstehen können, weil die Einführung von internationalen Rechtsinstrumenten und deren verbindliche Umsetzung verzögert oder verhindert wird;

10. *bedauert*, daß das Dialogangebot der FUEV als größter und repräsentativster Volksgruppenorganisation Europas von den internationalen Organisationen der Staaten und von mehreren nationalen Regierungen bisher nicht ausreichend berücksichtigt wurde, denn ohne die Miteinbeziehung der direkt Betroffenen bzw. ihrer Organisationen ist eine umfassende Konfliktverhütung nicht denkbar;
11. *appelliert eindringlich* an das Ministerkomitee des Europarates, bei Fragen des Minderheitenschutzes, insbesondere bei den Beratungen des Komitees der Regierungsexperten zur Ausarbeitung eines Zusatzprotokolls oder bei der Überwachung des Rahmenabkommens, Fachexperten der FUEV hinzuzuziehen;
appelliert an die internationalen Organisationen wie UNO, OSZE, NATO, Europarat und EU, im Interesse der Erhaltung von Stabilität und Frieden eine gesamteuropäische Konferenz zur Beratung über die Nationalitätenfragen einzuberufen, an welcher die Vertreter der Volksgruppenorganisationen gleichberechtigt hinzuzuziehen sind, um eine zukunftsorientierte Lösung der Probleme zu ermöglichen, die von allen Beteiligten gemeinsam getragen werden kann.
- 13.

Eingereichte **RESOLUTION 2/1995**

Tief betroffen über das tragische Schicksal der albanischen Volksgruppe im früheren Jugoslawien, unterbreitet die Union der Kossovaren der Delegiertenversammlung der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) vom 25. Mai 1995 in St. Moritz, Schweiz, folgende RESOLUTION zur Beschlußfassung:

Im Hinblick darauf, daß die Situation der albanischen Volksgruppe im früheren Jugoslawien sich laufend verschlechtert hat, unter unerhörten Grausamkeiten unerträglich geworden ist und einen explosiven Punkt erreicht hat;

Im Hinblick darauf, daß die albanische Volksgruppe im Kosovo, wo sie über 90 % der Bevölkerung bildet, unter täglichem Terror lebt und ungesetzlichen Handlungen von Seiten des Militärs und der Polizei Serbiens ausgesetzt ist wie Prügeln, Morden, Festnahmen, Haft, Leibesvisiten und Beschlagnahme von privatem Eigentum;

Im Hinblick darauf, daß sowohl das demokratisch gewählte albanische Parlament von Kosovo als auch die von diesem bestellte Regierung diktatorisch durch die von der serbischen Regierung in Belgrad eingesetzte militärische Besatzung an der Ausübung jeglicher gesetzlichen Aufgabe gehindert wird;

Im Hinblick darauf, daß die Regierung Mazedoniens nicht zur Kenntnis nimmt, daß die Albaner einen großen und wesentlichen Anteil der Bevölkerung der Republik darstellen, den Albanern fortlaufend die wesentlichen Grundrechte verweigert, Ausbildung in albanischer Sprache ablehnt und sogar die Universität geschlossen hat, und ihnen nicht gestattet, entsprechend ihrer Anzahl und Stärke an den Angelegenheiten des Landes voll teilzunehmen; stattdessen werden sie geschlagen, festgenommen und ermordet;

Dies vorausgeschickt, *fordert* die Union der Kossovaren die Delegiertenversammlung mit gebotenenem Respekt *auf*, die Verurteilung dieses Ethnozids an den ethnischen Albanern zum

Ausdruck zu bringen, zur Kenntnis zu nehmen, daß diese unzumutbare Diskriminierung der ethnischen Albaner im Kosovo,

- vo, in Mazedonien und in Montenegro wegen ihrer Zugehörigkeit zur jeweiligen albanischen Volksgruppe diese in ihrer Existenz sowohl individuell wie auch als Gruppe bedroht,
- darauf hinzuweisen, daß diese unzumutbare Diskriminierung, die existenzbedrohend und anders nicht abwendbar ist, zu Sezessionen führen kann, ob in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht oder auch nicht.

- Daher sind die Vereinten Nationen, die Europäische Union und das Europäische Parlament, der Europarat und die OSZE damit zu befassen. Auch die Mitgliedsorganisationen der FUEV werden nachdrücklich aufgefordert, im Namen der Billigkeit und Menschlichkeit die Regierungen ihrer Länder damit zu befassen.

VERABSCHIEDETE RESOLUTION 2/1995

Tief betroffen über das tragische Schicksal der albanischen Volksgruppe in Montenegro, in Serbien und Makedonien, unterbreitet die Union der Kossovaren der Delegiertenversammlung der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) vom 25. Mai 1995 in St. Moritz, Schweiz, folgende RESOLUTION zur Beschlußfassung:

Im Hinblick darauf, daß die Situation der albanischen Volksgruppe in Montenegro, in Serbien und Makedonien sich laufend verschlechtert hat, unter unerhörten Grausamkeiten unerträglich geworden ist und einen explosiven Punkt zu erreichen droht;

Im Hinblick darauf, daß die albanische Volksgruppe im Kosovo, wo sie über 90 % der Bevölkerung bildet, unter täglichem Terror lebt; sie ist von Seiten des Militärs und der Polizei Serbiens ungesetzlichen Handlungen wie der Bedrohung von Leib und Leben bis hin zum gewaltsamen Verlust von Menschenleben ausgesetzt;

Im Hinblick darauf, daß sowohl das demokratisch gewählte albanische Parlament von Kosovo als auch die von diesem bestellte Regierung diktatorisch durch die von der serbischen Regierung in Belgrad eingesetzte Verwaltung an der Ausübung jeglicher sich gesetzter Aufgabe gehindert wird;

Im Hinblick darauf, daß die Regierung Makedoniens nicht zur Kenntnis nimmt, daß die Albaner einen großen und wesentlichen Anteil der Bevölkerung der Republik darstellen, den Albanern fortlaufend die wesentlichen Grundrechte verweigert, Ausbildung in albanischer Sprache ablehnt und sogar die Universität geschlossen hat, und ihnen nicht gestattet, entsprechend ihrer Anzahl und Stärke an den Angelegenheiten des Landes voll teilzunehmen;

Im Hinblick darauf, daß der albanischen Volksgruppe in der Republik Montenegro und unter anderem in den Städten Presheva, Bujanovc und Medvegja in Serbien die grundlegenden Menschenrechte verweigert werden, wie Unterricht in albanischer Sprache sowie die ihnen zustehende Beteiligung und Anerkennung;

Dies vorausgeschickt, *fordert* die Delegiertenversammlung *auf*, die Verurteilung dieser Aggression an den ethnischen Albanern zum Ausdruck zu bringen,

- zur Kenntnis zu nehmen, daß diese unzumutbare Diskriminierung der ethnischen Albaner im Kosovo, in Makedonien und in Montenegro wegen ihrer Zugehörigkeit zur jeweiligen albanischen Volksgruppe diese in ihrer Existenz sowohl individuell wie auch als Gruppe bedroht,
- darauf hinzuweisen, daß diese unzumutbare Diskriminierung, die existenzbedrohend und anders nicht abwendbar ist, zu unberechenbaren politischen Entwicklungen führen kann, ob in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht oder auch nicht.
- Daher sind die Vereinten Nationen, die Europäische Union und das Europäische Parlament, der Europarat und die OSZE damit zu befassen. Auch die Mitgliedsorganisationen der FUEV werden nachdrücklich aufgefordert, im Namen der Billigkeit und Menschlichkeit die Regierungen ihrer Länder damit zu befassen.

Eingereichte **RESOLUTION 3/1995***

Die Liga der Chameria unterbreitet der Delegiertenversammlung der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) vom 25. Mai 1995 in St. Moritz, Schweiz, mit ernsthafter Sorge die folgende RESOLUTION:

Im Hinblick darauf, Albanien 100.000 ethnische Albaner als "CHAMERIAL" (Chameria) Griechenland gehört, nachdem sie von den griechischen Armeen besetzt und folglich seit den Balkankriegen 1912-1913 von Griechenland annektiert wurde;

Im Hinblick darauf, daß den ethnischen Albanern in Chameria von der griechischen Regierung alle Rechte vorenthalten und diese ständig wegen ihrer ethnischen Identität verfolgt wurden;

Im Hinblick darauf, daß es heute mehr als 200.000 albanische Chams gibt, die gezwungen wurden, außerhalb ihrer Heimat zu leben als Opfer der griechischen Variante von "ETHNISCHER SÄUBERUNG", welche mit der gewaltsamen Vertreibung der ethnischen Albaner als angeblichem "Bevölkerungsaustausch mit der Türkei" um die Mitte der 20iger Jahre begann und in den völkermordhaften Massakern vom Sommer 1994 gipfelte, wodurch eine große Anzahl von albanischen Chams gezwungen wurde, nach Albanien zu fliehen;

Dies vorausgeschickt, fordert die Liga der Chameria die Delegiertenversammlung mit gebotener Achtung nachdrücklich auf die unzulässige Behandlung der ethnischen Albaner zu verurteilen, die derzeit in Griechenland leben und all jener Rechte völlig beraubt wurden, welche den Angehörigen von Volks- und Sprachgruppen im allgemeinen zustehen, besonders seit Griechenland Signatarstaat - aller internationalen Rechtsabkommen ist, welche die Achtung dieser Rechte gewährleisten, und darüberhinaus seit Griechenland mit Härte diese Rechte in der Behandlung der viel kleineren griechischsprachigen Minderheit auf der anderen Seite der Grenze, in Albanien, gefordert hat, welche diese Rechte nun wirklich genießt, was von verschiedenen Menschenrechtsgruppen festgestellt wurde; ebenso zu fordern, daß Griechenland die Rückkehr aller albanischen Chams in ihre Heimat gestattet und daß deren Rechte in vollem Umfang wiederhergestellt und anerkannt werden; die Vereinten Nationen, die Europäische Union und das Europäische Parlament sowie die OSZE damit zu befragen. Die FUEV ist ermächtigt, diese Resolution der Regierung Griechenlands zu übergeben mit dem Ausdruck der tiefen Betroffenheit. Auch die Mitgliedsorganisationen der FUEV werden nachdrücklich aufgefordert, die Regierungen ihrer Länder im Namen der Billigkeit und Menschlichkeit damit zu befragen.

***RESOLUTION 3/1995 wurde um ein Jahr zurückgestellt und dem Präsidium zur Überarbeitung vorgelegt..**

Eingereichte **RESOLUTION 4/1995***

Der Vorsitzende der Medzhlisse des Volkes der Krimtataren unterbreitet in Vertretung der Krimtataren der Delegiertenversammlung der FUEV vom 25. Mai 1995 in St. Moritz, Schweiz, folgende Resolution zur Beschlußfassung:

Die Delegiertenversammlung der FUEV vom 25. Mai 1995 in St. Moritz, Schweiz,

begrüßt die Rückkehr der Krimtataren in ihre historische Heimat;

nimmt mit Interesse und Genugtuung zur Kenntnis, daß das Volk der Krimtataren mit derzeit 14 Abgeordneten im Parlament der Krim vertreten ist und daß das demokratisch legitimierte Vertretungsorgan des Volkes der Krimtataren, die Medzhlisse, de facto als solche akzeptiert wird. Zur weiteren Entwicklung ist aber darüber hinaus die Anerkennung der Medzhlisse auch de jure notwendig;

fordert die Regierung der Ukraine auf, die de jure Anerkennung vorzunehmen und mit der Medzhlissee Verhandlungen über alle notwendigen Fragen aufzunehmen, welche die Rückkehr und künftige Rechtsstellung des Volkes der Krimtataren betreffen.

***RESOLUTION 4/1995 wurde um ein Jahr zurückgestellt und dem Präsidium zur Überarbeitung vorgelegt..**

Bericht des JEV-Präsidenten Roland Feichter

Es freut mich sehr, daß ich als Vertreter der Jugend Europäischer Volksgruppen hier sprechen darf. Jugend ist Zukunft und es ist sehr wichtig, daß wir an ein Morgen denken und die Jugend mitreden lassen! Zunächst möchte ich einige Gedanken zu Minderheiten vortragen: Wie gehen wir mit Mehrheiten und Minderheiten um? Ist eine Entscheidung schon deshalb richtig, weil eine Mehrheit entschieden hat? Beispielsweise sind Bäume und Pflanzen in der Mehrheit, aber sie haben keine Stimme, so kann man sagen: Nicht jeder hat eine Stimme und nicht jeder kann sein Anliegen vertreten. Niemals werden wir alle Zusammenhänge begreifen und deshalb voll verantwortlich und ganzheitlich entscheiden können. Die Frage bleibt: Wie gehen wir mit denen um, die nicht so viele sind; nicht so stark sind oder nicht so viel Einfluß haben; nicht so viel Geld, nicht so viel Macht; nicht so viele Argumente und nicht so viele Erfahrungen. Bei diesem Thema zeigt sich, wer Klasse hat und wer Toleranz besitzt. Ich denke, die Jugendlichen haben nicht immer die Erfahrung. Außerdem ist die Jugend immer unterwegs. Doch wir wissen sehr gut, daß wir alle sehr klein angefangen haben. Die Jugend versucht auch sehr viel zu bewegen. Wir haben versucht, bei verschiedenen Kongressen (Rom, Schweiz - spiert a viert, Irland und Barcelona u. v. m.) Wir versuchen dort Jugendliche zu fragen: wie möchten sie leben? Wir haben einen Höhepunkt in Klagenfurt beim Osterkongreß. 6 Tage versuchten an die 100 Jugendliche gemeinsam zu erörtern, gemeinsam zu überlegen und gemeinsam sich zu bewegen. Wir haben dort ein neues Statut erarbeitet. Wir haben das alte Präsidium bestätigt. Wir haben unseren Sekretär hier sitzen: David Spinnler von der Lia möchte ich bei dieser Gelegenheit noch einmal danken. Wir haben eine Frau (die Katalanin Mireija Molina) im Präsidium. Das ist leider bei der FUEV nicht der Fall. Wir haben einen Friesen als Schatzmeister (Klaas Johann Osinga), einen Ungarndeutschen (Stefan Segner). Wir alle arbeiten mit wenigen Mitteln dafür aber mit viel Engagement und Zeit. Uns ist aufgefallen, daß die FUEV vielmehr Mitglieder hat als die JEV. Jetzt meine Frage: Kennen Sie Ihre Jugend? Haben Sie Kontakt zur ihr? Wir haben Telefon, Fax und viele andere Kommunikationsmöglichkeiten. Vielleicht können Sie das tun bei sich zu Hause. Rufen Sie mal an bei einem Jugendlichen. Eine zweite Möglichkeit: Wer noch nicht Kontakte zur Jugend hat, sollte das unbedingt machen. Es ist wichtig, denn wenn Sie das vergessen, dann wird es übermorgen keine FUEV mehr geben - vielmehr eine Rumpfmannschaft. Wir Generationen müssen zusammenarbeiten! Wir schätzen sehr die Arbeit der FUEV. Die JEV - hier unser Logo - kann man so charakterisieren: Menschen, die unterwegs sind, lebendig, kreativ und die in Bewegung bleiben. Das ist sicher eine Stärke der Jugend. Unser alle Stärke sollte es sein, daß wir immer in Bewegung zueinander sind. Die Minderheitenfrage ist eine Frage für alle. Sie muß einfach bekannt werden. Jeder hat seine Minderheit und seine Mehrheit in sich. Wenn wir das rüberbringen, dann werden die Anliegen der Minderheiten besser verstanden werden. Wir alle müssen gemeinsam diesen Schritt wagen - unsere eigenen Minderheiten, unsere Minderheiten - Wir alle müssen sie vertreten. Bleibe deinen Träumen treu! Träume sind etwas kostbares und schönes. Wenn einer träumt, bleibt es nur ein Traum. Wenn wir alle gemeinsam träumen, dann ist es der Beginn einer neuen Wirklichkeit. Jeder Mensch hat die Fähigkeit zum Guten und zum Streit. Welche Anteile werden wir stärker nutzen. Das entscheidet sich im Herzen. Nehmen Sie die Anliegen der Jugend ernst, daß Sie sich bewußt machen, daß Jugendliche Ihnen zusammen mit Ihnen diese Welt bewegen können. Vielleicht sind Jugendliche wie Luft. Wenn sie fehlt, geht es nicht mehr lang. In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit! Bei dieser Gelegenheit möchte ich ein Buch vorstellen. In diesem sind die derzeitigen Mitgliedsorganisationen der JEV genannt. Wir hoffen, daß dieses Buch nächstes Jahr überholt ist. Dieses Buch möchte dem Präsidenten der FUEV überreichen.

Danke!